

Wie der Rechtsstaat in einen Bückling vor der Wirtschaft verfällt

Autor(en): **Trüb, Lydia**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1994)**

Heft 3: **CO2-Abgabe und Energiesgesetz : verlassen Sie diesen Planeten so, wie sie ihn vorzufinden wünschen!**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie der Rechtsstaat in einen Bückling vor der Wirtschaft verfällt

“Die Freiheit hat sich dieses Stück Land gewählt/ deshalb müssen wir es unserer Aufsicht unterstellen. (Ewa Lipska: Meine Zeit. Mein Leib. Mein Leben, Gedichte)

Von Lydia Trüb *

In der jüngsten Vergangenheit hat die Wirtschaft zum Ausdruck gebracht, dass die wahre Macht bei ihr liegt, dass ihre Logik, die von ihr geschaffenen Sachzwänge und ihr Einfluss bestimmen, ob, wann und wie vom Volk erstrittene Rechte fallweise auszusetzen sind, und sie hat in willfährigen Politikern und Behörden Verbündete gefunden, die diesem Druck auch nachzugeben bereit sind, und das nicht nur im Energiebereich:

- Im Mai 1992 hat das Stadtzürcher Volk einer Bau- und Zonenordnung zugestimmt, die die modernen Erkenntnisse über Stadtentwicklung und Stadtplanung, über Umweltschutz und ein Gleichgewicht von Wohnen und Arbeiten integriert hat. Mit ihrem Grundsatzentscheid auf einen Stimmbürgerrekurs griff die Baurekurskommission - ein Gremium aus lediglich drei Männern - im Juli 1994 massiv in den Volksentscheid ein. Sie hob die Industriezonen auf und wies die Stadt Zürich an, diesen Planungsbereich zu überarbeiten und neu festzulegen. Gerade die Ausgestaltung der Industriezonen war seinerzeit von Wirtschaft und Gewerbe aus Gründen der Bodenrendite heftig bekämpft worden.

* Lydia Trüb ist Germanistin und Historikerin, SES-Stiftungsrätin und Ausschuss-Mitglied.

Wesentliche Teile von Freihaltezonen hat die Baurekurskommission bereits zuvor in Einzelentscheiden aufgehoben. Drei Männer also, ein FDP-Mann aus Winterthur, ein SVP-Vertreter aus dem Zürcher Oberland und ein Exponent des rechten CVP-Flügels, haben dem Volk gezeigt, wie wenig sie von einer Abstimmung halten, wenn sie sich nicht in die wirtschaftlichen Interessen einpasst.

- Wahrscheinlich lässt sich in keinem anderen Kanton soviel Geld mit Glücksspielen verdienen wie im Kanton Zürich mit seiner Wirtschaftsmacht. Der Souverän hat einer Verbotsinitiative für Glücksspielautomaten zugestimmt. Obwohl ein Bundesgerichtsentscheid die Durchsetzung des Verbots ermöglicht, hat der Regierungsrat anderes bestimmt: Er unterstützt die Gegeninitiative der Automatenbranche. Er will die Verbotsinitiative auf 1. Oktober 1994 nur formell, nicht inhaltlich in Kraft setzen und den Volksentscheid über die sogenannte “Fair play-Initiative” der Automatenbranche erst abwarten. Diese Branche wird mit sehr viel Geld ihre Initiative auch durchsetzen wollen.

- Vor Tische las und hörte sich's auch bei der Alpeninitiative anders an. “Das Nationalstrassennetz im Wallis bliebe unvollendet”, so erklärte der Bundesrat dem Schweizer Volk die Folgen einer Annahme in seinen millionenfach aufgelegten Abstimmungserläuterungen. Im Mai 1992 gab Bundesrat Ogi dem Nationalrat bekannt: “Wenn Sie die Alpeninitiative annehmen, kann die N9 (zwischen Sion und Brig) nicht mehr vierspurig gebaut werden.” Kurz nach der Abstimmung wurde das fragliche Strassenstück aus dem Status einer Transitstrasse entlassen: Die Autobahn kann jetzt gebaut werden, mit Zustimmung von National- und Ständerat.

Es gäbe noch anderes: Kantonale Luftreinhalteverordnungen, die nicht effektiv durchgesetzt werden, wirksame Massnahmen gegen das Ozongift, die unterbleiben, Planungsgewinne, die gemäss Raumplanungsgesetz abgeschöpft werden müssten, aber nicht abgeschöpft werden, die Entlassung von Teilen der Hochmoore aus dem Schutz gegen den Inhalt der vom Volk angenommenen Rothenturm-Initiative.

Augenzwinkernde Politiker, die mal das eine, mal das andere Auge zudrücken, ihre vom Volk verliehene Autorität opportunistisch für die Interessen der Wirtschaft einsetzen und dabei demokratische Rechte vernachlässigen, umbiegen, missachten oder gar verachten, schaffen ein rechtsstaatlich bedenkliches Klima. Wo das Volk und seine demokratischen Entscheide zum Störfaktor werden, entsteht Raum für autoritäre Lösungen. Das ist insbesondere im Umgang mit Grossrisiken eine gefährliche Entwicklung.

“Konformismus: Wenn der Mensch nicht Einklang mit der Wirklichkeit sucht, sondern mit den Tatsachen.” (Imre Kertész: Galeerentagebuch)

Im Vorfeld der Moratoriums-Initiative äusserte Bundesrat Ogi und mit ihm der Bundesrat in den Abstimmungserläuterungen, dass eine Annahme ein “erster Schritt zum Ausstieg aus der Atomenergie” bedeute. Das war im Hinblick auf den Urnengang im September 1990, viereinhalb Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl. Das “Aktionspro-

gramm Energie 1990 bis 2000" ist von allen Bundesratsparteien getragen und verabschiedet worden. Der grosse Sündenfall folgte im Frühjahr 1991, als der propagierte "Energiefrieden" zustande gekommen schien: "Energie 2000" enthielt unversehens die Möglichkeit einer zehnprozentigen Leistungserhöhung für bestehende Atomkraftwerke. Wie aus dem Energiedepartement unumwunden bekanntgegeben wurde, ist man dort mit dieser Ergänzung unter anderem dem Bundesamt für Aussenwirtschaft und den Absichten der Elektrizitätswirtschaft gefolgt.

Eine zehnprozentige Leistungserhöhung hat der Bundesrat dann erstmals Ende 1992 ausgerechnet für das veraltete AKW Mühleberg beschlossen, trotz und gegen den Willen des Berner Volks, das Den Weiterbetrieb von Mühleberg ein halbes Jahr vorher abgelehnt hatte. Die Abstimmung hatte zwar nur konsultativen Charakter gehabt, doch war dieser Mehrheitswille für den Bundesrat so wenig bindend, dass er dem AKW Mühleberg auch noch eine zehnjährige Betriebsbewilligung erteilte, zu einem Zeitpunkt, da Sicherheitsnachweise für das AKW Mühleberg noch ausstehend waren.

"Was ist Wirklichkeit?

Verkürzt gesagt: wir selbst. Was sind Tatsachen? Verkürzt gesagt: Absurditäten."

(Imre Kertész:

Galeerentagebuch)

Solche Nachrüstungen in Energie 2000 und in Leistungserhöhungen sind als politische Vorrüstungen auf das Auslaufen der Moratoriumsfrist im Jahr 2000 zu werten: Es geht darum, die Startbedingungen der Atomwirtschaft für die Zeit nach der Jahrtausendwende zu verbessern und dabei die Macht des Faktischen zu stärken..

Unlängst beantragte die Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen HSK sogar eine unbefristete Betriebsbewilligung für den Block Beznau II. Die Bundesrat Ogi unterstellte Behörde schwächt mit diesem Antrag freiwillig ihre Aufsichtsposition und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und stärkt das Interesse der Betreiber und deren Stellung. Das Oeko-Institut Darmstadt wies in einem Gutachten nach, dass Beznau 2 weit hinter den Standards modernerer Anlagen zurückbleibt. Wichtige sicherheitstechnische Aspekte werden gemäss diesem Gutachten schlicht übersehen, un-



1.6.1994. Ausserordentliche Gemeindeversammlung in Wolfenschiessen wegen des geplanten Nagra-Endlagers im Wellenberg.

genügend bewertet, unterschätzt, als bereits gelöstes Problem behandelt oder akzeptiert, selbst wenn sie gegen Schweizer Richtlinien verstossen wie das Fehlen einer 2. Reservepumpe (4. Pumpe) für den Fall einer Notkühlung. Gerade im sensiblen Bereich der Notkühlung sind die Pumpen generell zu leistungsschwach ausgelegt und zwei der drei Pumpen liegen genau nebeneinander. Mehrfachauslegungen von Sicherheitssystemen und ihre räumliche Trennung sind grundlegende Bestandteile der Reaktorsicherheit; sie werden in Beznau aber weitgehend vernachlässigt. Dass die Notstromversorgung nicht für alle sicherheitsrelevanten Systeme vorhanden ist, stuft das Oeko-Institut als "gravierende Abweichung" von internationalen Standards ein.

Verschärft wurden die Risiken zudem durch die Verlängerung der Betriebszyklen von einem 12- auf einen 15/18 Monatsbetrieb. Dadurch vergrössert sich das radioaktive Inventar um rund 40 Prozent. Entsprechend höher würde die radioaktive Verseuchung bei einem

Kernschmelzunfall mit Containment-Versagen. Zudem soll der Anteil der plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennstäben aus der Wiederaufbereitung von 33 auf 40 Prozent erhöht werden. Geplant, aber noch nicht offiziell bekanntgemacht ist auch für Beznau eine 12- bis 14-prozentige Leistungserhöhung. Beznau gehört zu den wenigen AKW der ersten Generation und zählt zu den zwanzig weltweit gefährlichsten Meilern.

"Bundesrat: Verfahren für Nagra beschleunigen" setzen die "Kernpunkte" der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie ganz un-

verblümt als Titel ihrer Notiz über die bundesrätliche Vernehmlassung zur Aenderung des Atomrechts. Genau darum geht es: Wo der Föderalismus und damit ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie die Pläne der Atomwirtschaft stört, sollen die kantonalen Zuständigkeiten - im konkreten Fall über die Raumplanung und die Verfügung über den Untergrund (Bergregal) - aufgehoben und beim Bund zentralisiert werden.

"Schön hört sich 's an,

doch übel ist die

Wahrheit" (Oedipus.

In: Sophokles:

Oedipus auf Kolonos)

Das Moratorium war als Denkpause konzipiert und vom Volk auch so gemeint, und nicht als Handlungsanweisung, wie eilends der Ausbau der Atomenergie gesichert und die demokratische Kritik zum Verstummen gebracht werden soll.